NPD

Ohne Hausausweis

Der Landesrechnungshof in Schwerin wirft der rechtsextremistischen NPD-Fraktion vor, Steuergeld veruntreut zu haben. „Die Fraktionsmittel der NPD wurden nach unserer Prüfung nicht ordnungsgemäß verwendet“, sagte Rechnungshof-Präsident Tilmann Schweisfurth. Nach Angaben eines Parlamentssprechers beläuft sich die Summe auf rund 80 000 Euro. Dabei geht es um steuerfinanzierte Gehaltszahlungen an den angeblichen Mitarbeiter Marko Müller. Die Rechnungsprüfer haben Zweifel, dass der Rechtsextremist – zumindest von Anfang November 2011 bis Mitte Januar 2013 – tatsächlich für die NPD-Fraktion tätig war. Mehr als ein Jahr lang habe Müller, der mit einem NPD-Parlamentarier verwandt ist, noch nicht einmal einen Hausausweis des Landtags besessen. Eine solche Magnetkarte ist jedoch notwendig, um das Gebäude durch ein Drehkreuz betreten zu können. Dem Rechnungshof zufolge legten die Rechtsextremisten trotz mehrfacher Nachfrage keine ausreichenden Belege für die Mitarbeit Müllers vor. NPD-Fraktionschef Udo Pastörs wies die Vorwürfe zurück: Müller sei Mitarbeiter der Fraktion gewesen und sei es auch weiterhin.

CDU

Angriff der „Teppichhändler“

Führende Unionspolitiker wollen verhindern, dass der Euro-Skeptiker Klaus-Peter Willsch weiterhin dem Haushaltsausschuss angehört. Der hessische Bundestagsabgeordnete hatte in der Vergangenheit im Bundestag mehrmals gegen die Euro-Rettungspolitik von Kanzlerin Angela Merkel gestimmt. Schon in den vergangenen Jahren hatte es immer wieder Kritik daran gegeben, dass ausgerechnet Willsch die CDU als Obmann im Haushaltsausschuss vertrat. Der bietet jetzt an, auf den Posten des Obmanns zu verzichten, doch das genügt einigen in der Unionsspitze nicht. Fraktionschef Volker Kauder machte bei einem Treffen der Landesgruppenchefs („Teppichhändlerrunde“) deutlich, dass Abgeordnete von ihrer Fraktion in die Ausschüsse entsandt würden und sich daher dort auch in diesem Sinne zu verhalten hätten. Willsch will hingegen im Haushaltsausschuss bleiben: „Wenn es bürgerliche Kritiker der Euro-Rettungspolitik wie Peter Gauweiler, Frank Schäffler oder mich nicht gäbe, wäre die AfD seit September im Bundestag“, sagt er.

Willsch

HENNING SCHACHT

EU-PARLAMENT

Anrüchiger PR-Auftrag

Martin Schulz, Präsident des EU-Parlaments, hat ein Problem: Die CDU-Europaabgeordnete Inge Gräßle, Mitglied des Haushaltskontrollausschusses, wirft der Kommunikationsabteilung des EU-Parlaments leichtfertigen Umgang mit Finanzmitteln vor. Dabei geht es um einen Zuschuss in Höhe von rund 60 000 Euro an die PR-Firma der Ehefrau des bulgarischen Politikers Sergej Stanischew. Das Geld ist eine Teilfinanzierung für PR-Aktivitäten zur Europawahl. Stanischew ist Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Europas, die Schulz zu ihrem Spitzenkandidaten für die Europawahl gemacht hat. „Das riecht nach Vorteilsnahme“, so die CDU-Politikerin Gräßle, „wir werden eine genaue Untersuchung der Ausschreibung verlangen.“ Die Kommunikationsabteilung des Europaparlaments sieht dagegen „keinen Interessenkonflikt“. Man habe bei der Auftragsvergabe nichts von der verwandtschaftlichen Beziehung gewusst.

SD13-114

Der digitale SPIEGEL

Nur zu Weihnachten: 5 Ausgaben für nur € 8,– spiegel.de/5fuer8

In dieser Ausgabe:

Die Späher –
Video über die Datenspionage der NSA

Die Schnüffler –
Video über die Ausbildung von Militärhunden

Der Buddy –
Video zum neuen Film von Bully Herbig

Die neue Art zu lesen.

- Mit zusätzlichen Hintergrundseiten.
- Mit exklusiv produzierten Videos.
- Mit 360°-Panoramafotos, interaktiven Grafiken und 3-D-Modellen.
- Alles immer schon **ab Sonntag 8 Uhr!**

Einfach scannen (z.B. mit der kostenlosen App DER SPIEGEL) und mehr erfahren – über den digitalen SPIEGEL und über unser Testangebot.

DER SPIEGEL